# Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos": München, Plinganserstraße Nr. 64.


**I N H A L T :**




Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck-Konto: München 3987

**Nr. 46** **München, 14. November 1930** **17. Jahrgang**

**1930 Wochenkalender 5691**

| | Nov. | Marcheschwan | Bemerkungen |
|---|---|---|---|
| Sonntag | 16 | 25 | |
| Montag | 17 | 26 | תענית שני |
| Dienstag | 18 | 27 | |
| Mittwoch | 19 | 28 | |
| Donnerst. | 20 | 29 | י״כ קטן |
| | | Kislew | |
| Freitag | 21 | 1 | ראש חדש |
| Samstag | 22 | 2 | תולדת<br>הפטרה<br>משא דבר ה׳<br>(Maleachi 1, 1—14. 2, 1—7) |



# Das Jüdische Echo

**Nummer 46** **14. November** **17. Jahrgang**

# Welche Arbeitsmöglichkeiten bleiben uns in Palästina?

Das neue Weißbuch der britischen Regierung, das Paßfield-Statement, kann und wird von den Juden nie als eine rechtmäßige Interpretation des Palästinamandats anerkannt werden, weil es die Balfourdeklaration verleugnet und verdreht. Gegen diese mißbräuchliche Auslegung werden wir mit größter Energie kämpfen, bis sie beseitigt ist.

Zugleich aber werden wir uns klarmachen müssen, daß wir alle Möglichkeiten der Arbeit in Palästina, die uns das Paßfield-Statement läßt, voll ausnützen wollen, unbeschadet unseres Protestes und Kampfes gegen das Statement selbst, und dazu gehört vor allem die Feststellung, welche Möglichkeiten es uns läßt.

Eine klare Antwort auf diese Frage ist heute nicht möglich. Das Weißbuch ist ja ein „Statement of Policy", das heißt eine Darlegung allgemeiner Grundsätze, eines Systems. Es erklärt z. B., die Einwanderungssperre vom Mai sei gerechtfertigt gewesen, macht die Einwanderung von der gesamten in Palästina vorhandenen, jüdischen und arabischen Arbeitslosigkeit abhängig, sagt aber nichts darüber, ob und in welchem Maße die Arbeitereinwanderung auch weiter suspendiert bleiben soll. Ebenso wird dargelegt, daß eine weitgehende Kontrolle aller Boden-Transaktionen einzuführen sei; wie diese Kontrolle aber aussehen und welches ihre konkrete Auswirkung sein soll, wird nicht angedeutet. Diese Fragen der praktischen Ausführung jener allgemeinen Grundsätze müssen erst durch Verordnungen der Palästinaregierung gelöst werden, und das ist ja einer der Gründe für unsere so schroffe Ablehnung des Statements, weil wir den Geist jener Administration kennen, deren praktische Maßnahmen jederzeit die uns durch die allgemeine Politik entstandenen Schwierigkeiten in fast ungeahntem Maße vergrößert und verstärkt.

Nehmen wir also das Schlimmste an: Setzen wir voraus, daß uns für einige Zeit (lange ist ein solches System nicht haltbar, nicht nur weil wir es mit allen Mitteln bekämpfen, sondern auch weil die palästinensische Wirtschaft es nicht lange ertragen wird) jede Einwanderung jüdischer Arbeiter und jeder Erwerb von Boden verboten wird. Schalten wir ferner die Möglichkeiten illegaler Einwanderung und illegalen Bodenerwerbs aus — es gibt solche Möglichkeiten und wir müssen offen erklären, daß wir von ihnen jeden möglichen Gebrauch machen werden; man kann sie aber nur öffentlich ankündigen, nicht ihre Wege und ihren Effekt erörtern.

Dann bleibt uns auf Grund des Statements noch die Möglichkeit der Einwanderung aller anderen Kategorien außer den Arbeitern, deren Einschränkung auch das Statement nicht ins Auge faßt. Nach dem Simpsonbericht sind vom 1. November 1922 bis zum 30. April 1930, also in siebeneinhalb Jahren, insgesamt 38000 Juden der auch jetzt noch zugelassenen Kategorien, also zirka 5000 im Jahresdurchschnitt, in Palästina eingewandert. Selbst wenn wir das Jahr der Hochkonjunktur 1925 ausschalten, bleibt noch ein Jahresdurchschnitt von 2700 Einwanderern. Das ist sehr, sehr wenig, aber auch diese Zahl modifiziert die Bevölkerungsverhältnisse eines so kleinen Landes wie Palästina und würde nach zehn Jahren die Zahl der Juden auf 250000 oder 21 Proeznt der Gesamtbevölkerung bringen (gegen 84000 oder 11 Prozent im Jahre 1922 und 162000 oder 17 Prozent heute). Ebenso bedeutet natürlich auch eine solche Einwanderung gewisse Arbeitsmöglichkeiten für die Institutionen der Jewish Agency.

Was den Bodenerwerb anlangt, so weist das Statement selbst, allerdings in durchsichtiger Tendenz, darauf hin, daß die jüdischen Organisationen

## Die Sperre der Arbeitereinwanderung nach Palästina aufgehoben

### 1500 Zertifikate freigegeben

**London, 8. November. (JTA.) Wie das Kolonialamt in London der JTA. mitteilt, hat die britische Regierung den High Commissioner für Palästina, Sir John Chancellor, ermächtigt, 1500 Einwanderungszertifikate für jüdische Arbeiter (Chaluzim) freizugeben.**

**Damit ist die im Mai d. J. verhängte Sperre der Einwanderung für jüdische Arbeiter nach Palästina durchbrochen. Die damals vom High Commissioner bewilligte und gleich darauf vom Kolonialamt suspendierte Arbeiterschedule betraf 2300 Zertifikate. Von diesen waren zur Zeit der Suspendierung 900 bereits ausgenützt, so daß die jetzt bewilligte Zahl von 1500 Zertifikaten etwas höher ist, als die der von der Suspension tatsächlich betroffenen Bewilligungsscheine.**

### Der Aufbau geht weiter!

### Grundsteinlegung zu einer Arbeitervorstadt bei Haifa

**Jerusalem, 7. November. (JTA.) Am 5. November fand die feierliche Grundsteinlegung zu einer neuen jüdischen Arbeitervorstadt an der Bucht von Haifa statt. Ein Extrazug brachte 800 Festgäste aus allen Teilen des Landes nach Haifa. In einer Ansprache wurde darauf hingewiesen, daß auch die heutige Feier eine Antwort auf das englische Weißbuch sei.**

**Zur Finanzierung des Häuserbaus haben die Hypothekenbank der Palästina Palestine Economic Corporation in Neuyork 20000 Pfund, der Palästina-Notfonds 7500 Pfund, der Keren Hajessod 2000 Pfund, die Versicherungsgesellschaft Hassneh 2000 Pfund und die künftigen Siedler 7000 Pfund beigetragen. Für die neue Arbeitervorstadt steht ein Areal von 3000 Dunam aus dem Bodenbesitz des Nationalfonds zur Verfügung. Es wird die Errichtung von 2000 Häusern geplant. Mit dem Bau von 200 Häusern wurde bereits begonnen.**

„glücklicherweise“ im Besitz einer noch unbesiedelten Bodenreserve sind. Es ist dies das wirklich glückliche Ergebnis unserer Bodenerwerbspolitik, ohne das wir in einem so kritischen Moment wie dem jetzigen ohne Arbeitsmöglichkeiten dastünden. Nach dem „Statistischen Handbuch für Palästina“ (1929) beträgt der gesamte jüdische Bodenbesitz in Palästina 1 002 000 Dunam, davon sind 463 570 bearbeitet und 538 430 noch frei. Natürlich sind diese Böden sehr verschiedener Art und Lage und es läßt sich schwer sagen, für wieviele Ansiedler und welche Zeit sie ausreichen; sicher aber ist, daß sie für die irgend mögliche Ansiedlungsarbeit einiger Jahre genügen.

Die Wirkung des Statements auf den Keren Kajemeth, das heißt auf seine Arbeit in Palästina, ist gleich Null. Er hat noch einige Jahre an den Raten für die bisher gekauften Böden zu zahlen; die Erschließung seiner Besitzungen erfordert noch erhebliche Zeit und große Mittel. Vielleicht wird ihm sogar die jetzige Sutuation manche praktische Vorteile bringen. Es ist fast sicher, daß eine zeitweilige Sperrung der Bodenverkäufe die Wirkung haben wird, daß die Bodenpreise stark zurückgehen. Und da sich die bisherige Bodenkaufspolitik in diesem kritischen Augenblick so glänzend bewährt hat, wird der K.-K.-L. unzweifelhaft weiterhin mit günstigster Aussicht an die Gebefreudigkeit der jüdischen Massen appelieren können.

Was den Keren Hajessod anbelangt, so ist ja über jeden Zweifel erhaben, daß dieser Kolonisationsfonds auch bei Einwanderungssperre und Bodenverkaufsverbot eine unendlich wichtige Mission hätte. Der Vorschlag der „Atempause“, der darauf abzielt, daß man eine Zeitlang nur so viel Geld nach Palästina senden soll, als zur Erhaltung des Bestehenden nötig ist, während jede Neukolonisation unterbleibt, fällt gänzlich ins Leere. Seit dem Basler Kongreß, also seit drei Jahren, wurde ohnedies keine neue Kolonisation unternommen und alle verfügbaren Mittel des Keren Hajessod zur Konsolidierung der bereits bestehenden Siedlungen verwendet. Aber auch dazu reichten sie nicht voll aus und sämtliche Mittel des Keren Hajessod, wenn seine Eingänge nicht erheblich gegen früher ansteigen, werden durch zwei bis drei Jahre nötig sein, um diese Konsolidierung zu vollenden. Das Palästinabudget für 5691 (1930 bis 1931) wurde in Berlin beschlossen, ehe das Paßfield-Statement bekannt war; und doch ist in diesem Budget keine einzige Post, die nicht auch nach Publikation des Statements programmgemäß ausführbar wäre.

Es gibt also auch weiterhin Arbeitsmöglichkeiten in Palästina und es wäre verhängnisvoll, wenn sie zum Teil unausgenützt blieben, weil das Judentum das Vertrauen zu dem Werke und seiner Zukunft verlöre. Dann erst hätte der Mufti gesiegt und Paßfield Recht behalten. Hugo Hermann.

## „Wenn nicht jetzt, wann dann?“

Im Novemberheft der Zeitschrift „Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik“ finden wir folgenden beachtenswerten Artikel, dessen Forderungen hoffentlich auch bei der Aufstellung des neuen Etats für die Kultusgemeinde München berücksichtigt werden. D. Red.

Das Ausmaß der gegenwärtigen Wirtschaftskrise wird gekennzeichnet durch die Tatsache, daß sicherlich nicht weniger als zehn Millionen Menschen in Deutschland genötigt sind, öffentliche Mittel ganz oder zum wesentlichen Teil in Anspruch zu nehmen. Wertvolle Arbeitskraft, arbeitsfähig und arbeitswillig, liegt schuldlos brach, die Wirtschaft ist nicht in der Lage, sie aufzunehmen. So ist die Arbeitslosenfrage zum eindringlichsten sozialen Problem geworden. Die Einrichtungen des Staates und der Gemeinden reichen nicht aus, um die Not weitester Kreise in erforderlichem Umfange zu lindern.

Die jüdische Not und die jüdische Arbeitslosigkeit sind nicht weniger katastrophal. Man kann ohne Ubertreibung feststellen, daß die gegenwärtige Krise die wirtschaftliche Situation der Juden in verstärktem Umfange trifft, da sie Wirtschaftszweige erschüttert, Berufe entwurzelt, Wirtschaftsformen vernichtet, an denen die Juden besonders starken Anteil hatten. Hinzu kommt die von Tag zu Tag sich verschärfende Tendenz, jüdische Arbeitnehmer in ihrer Eigenschaft als Juden von jeglicher wirtschaftlichen Möglichkeit auszuschließen. Die politische Entwicklung der letzten Monate, die sich steigernde Wirtschaftskrise lassen kaum die Hoffnung zu, daß in allernächster Zeit mit einem grundsätzlichen Wandel, mit durchgreifender Änderung und Besserung uz rechnen ist.

Der jüdischen Gemeinschaft, die auf ihren Bestand, ihre Entwicklung und ihre Zukunft bedacht ist, erwächst eine schwere, verantwortungsvolle Aufgabe. Nicht alle Gemeinden und jüdischen Körperschaften sind für diese Arbeit gerüstet. Manche jüdische Gemeinde glaubt, ihrer Pflicht in dieser Stunde, die die ernsteste ist, die das deutsche Judentum seit Jahrzehnten erlebt, nachgekommen zu sein, wenn sie in alter Weise mehr oder minder große Beträge für „Wohltätigkeit“ in ihren Etat einstellt. Man erkennt hier noch immer nicht, daß es sich nicht mehr nur darum handeln kann, Wohltätigkeit ohne Sicht und Ziele zu üben, sondern daß es gilt, die produktive. die sozialpolitische, die wirtschaftliche Aufgabe zu erkennen, eine Aufgabe, die allerdings nicht isoliert von dem Einzelnen und einer Gemeinde gelöst werden kann. Erhaltung der Arbeitskraft und der Arbeitsfähigkeit, bestmögliche Ausbildung der Berufsfähigkeiten, Berufsberatung, Arbeitsvermittlung, genossenschaftlicher Zusammenschluß, Ausbau der Kredit- und Darlehensmöglichkeiten — das sind nur einige der wichtigsten Arbeitsgebiete, auf die sich die jdüisch-soziale Arbeit mit aller Kraft konzentrieren muß.

Sozialpolitische Arbeit auf lange Sicht, Produktivgestaltung der Wohlfahrtspflege, Konzentrierung aller Mittel und Möglichkeiten auf die Erhaltung des sozialen Körpers des deutschen Judentums — wie wenige jüdische Gemeinden und Körperschaften haben die Bedeutung der Aufgabe in dieser Stunde erkannt. Viele glauben, durch „Friedhofspolitik“ der auf ihnen ruhenden Verantwortung gerecht werden zu können, andere durch Abbau der sozialen „Lasten“, und merken nicht, daß Gemeinden sich selbst aufgeben und vernichten, wenn sie die Menschen zugrunde gehen lassen, die sie zu erhalten berufen sind. In „normalen“ Zeiten sich bewähren und soziale Arbeit in bescheidenem Umfange leisten, ist wenig, in gefährdeten Zeiten sich bewähren, alle Kräfte anspannen zur Erhaltung der Gegenwart, neue Fundamente legen zur Rettung der Zukunft ist mehr. Und wenn nicht jetzt, wann dann?

Die Grundlagen für eine verstärkte jüdisch-soziale Arbeit sind vorhanden. Viele Gemeinden verfügen bereits über Wohlfahrts- und Jugendämter, die die Kräfte der Gemeinden zusammen-



fassen, die Gemeinden wiederum sind zusammengefaßt in den Provinzial- und Landesverbänden. An einigen Orten gibt es bereits jdüische Arbeitsnachweise, die nicht erfolglos innerhalb einer Gemeinde oder einer Provinz wirken. Hier und dort arbeiten Darlehenskassen und Kreditinstitute. Es gilt, alle diese Institute auszubauen und zu erweitern, sie bereit zu machen für die Not und die Erfordernisse der Stunde. Es gilt, neue Menschen zu gewinnen, die bereits Arbeitenden immer wieder auf die Größe der Aufgabe hinzuweisen. Es gilt, die jüdischen Arbeitgeber an ihre Pflichten zu erinnern, den jüdischen Arbeitnehmern den Kampf um den Arbeitsplatz zu erleichtern. Es gilt, alle finanziellen Möglichkeiten zu mobilisieren und zusammenzufassen zur Erhaltung und zum Ausbau der sozialen Arbeit, unter Hintanstellung mancher Aufgabe, die in minder gefährdeten Zeiten dringlich sein mag. Und es gilt, den Geist zu ändern und zu erneuern, den Geist zu schaffen, aus dem heraus erst fruchtbare soziale Arbeit möglich wird.

## Der Berliner Gemeindewahlkampf eröffnet

Berlin, 5. November. (JTA.) Aus Kreisen der Jüdischen Volkspartei wird der Jüdischen Telegraphen-Agentur mitgeteilt: Nachdem die liberale Kandidatenliste eingereicht ist, hat nunmehr auch die Jüdische Volkspartei definitiv die Namen ihrer Kandidaten für die Repräsentanten- und Landesverbandswahlen festgestellt. Die Liste für die Repräsentantenversammlung beginnt mit den Namen R.-A. Dr. Klee, Direktor Georg Kareski, Professor Dr. Heinrich Löwe, Ministerialrat Hans Goslar, Kaufmann Markus Hornstein. Die Liste für die Landesversammlung trägt als Spitzenkandidaten die Namen Dr. Klee, Kareski, Ministerialdirektor Dr. Badt, Kurt Blumenfeld, Rabbiner Dr. Emil Levy, Staatsminister a. D. Dr. Max Soloweitschik. An den Vorsitzenden der Jüdischen Volkspartei ist von dem Vorsitzenden des deutschen Rabbinerverbandes, Vorsitzenden der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden und Großpräsidenten des Ordens Bnei Brith in Deutschland, Rabbiner Dr. Baeck, folgendes Schreiben eingegangen, auf das hin der Wahlkampf seine Eröffnung gefunden hat:

„Sehr geehrter Herr Doktor! Ich erlaube mir, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß der von mir an die Parteien gerichtete Einigungsvorschlag, der von den anderen Parteien angenommen wurde, zu meinem aufrichtigen Bedauern von der Liberalen Partei abgelehnt worden ist.

Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen herzlichen Dank für das Verständnis auszusprechen, das Sie meinem Vorschlag entgegengebracht haben, durch den ich auf friedlicher mittlerer Linie einen Weg zur Vermeidung schwerer Kämpfe in ernster Zeit aufzuweisen suchte.

Mit vorzüglicher Hochachtung bin ich Ihr ergebener Baeck.“

### Die liberalen Kandidaten für Berliner Gemeinde und Preußischen Landesverband

Berlin, 6. November. (JTA.) Der liberale Wahlvorschlag für die Repräsentantenwahlen der Berliner Jüdischen Gemeinde, die am 30. November d. J. statfinden, enthält als Listenführer Dr. h. c. Wilhelm Kleemann, es folgen Heinrich Stern, Berta Falkenberg, Wilhelm Marcus, Moritz Rosenthal, Wilhelm Graetz, Dr. Martin Lesser, Dr. Joseph Gutmann, Carl Fuchs, Dr. Sally London, Bruno Woyda, Martin Sobotker, Dr. Kurt Fleischer, Walter Michaelis, Alfred Jaunus, E. Ehrenreich, Dr. Hans Sachs, Max Eisenkrämer, Louis Wolff, Benno Salinger u. a. m.

Der liberale Wahlvorschlag zum Preußischen Landesverband enthält als Spitzenkandidaten Kammergerichtsrat Leo Wolff, es folgen Heinrich Stern, Dr. Julius Brodnitz, Frau Minna Schwarz, Dr. Ludwig Holländer.

### Einigungsverhandlungen in Köln

Berlin, 7. November. (JTA.) Die Vertreter der verschiedenen Parteien haben in den letzten Tagen eingehende Verhandlungen über die Möglichkeiten eines Kompromisses für die Repräsentantenwahlen geführt. Wie die „Jüdisch-liberale Zeitung“ hört, wird es auf folgender Grundlage zustande kommen: Es erhalten die Liberalen 10 Hauptsitze und 3 Vertreter, die Volkspartei 7 Hauptsitze und 2 Vertreter, die Konservativen 3 Hauptsitze und 2 Vertreter, die Mittelpartei 1 Hauptsitz und 1 Vertreter. Die Verhandlungen über ein Kompromiß betreffend den Preußischen Landesverband sind noch nicht abgeschlossen.

### Einheitsliste im Wahlkreis Hannover-Schleswig-Holstein

Hannover, 7. November. (JTA.) Im Wahlkreis Hannover-Schleswig-Holstein wurde auf Grund eines Kompromisses zwischen den Parteien die nachfolgende Einheitsliste für die preußische Landesversammlung aufgestellt: Dr. Mäller-Altona (konservativ), Frau Hanna Cohn-Hannover (liberal), Dr. Victor-Wandsbeck (Volkspartei), Dr. Cohn-Hildesheim (liberal), Herr Pollack-Emden (konservativ), Herr Schneeweiß-Hannover (Volkspartei).

### Einigung im Rheinland

Berlin, 5. November. (JTA.) Im 12. Wahlkreis des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden (Rheinland außer Köln) kam — wie der „Jüdischen Rundschau“ mitgeteilt wird — ein Kompromiß zustande. Die Mandatszahl beträgt diesmal 11 statt 10. Im Jahre 1925 erlangten die Liberalen 7 Mandate, die Jüdische Volkspartei 2, die Konservativen 1 Mandat. Jetzt erhalten die Liberalen wieder 7, die Jüdische Volkspartei 2 Mandate, die Konservativen und die Poale Zion je 1 Mandat. Wie im Jahre 1925 nehmen die Liberalen wieder beide Ratssitze in Anspruch, gewähren aber im Gegensatz zu 1925 der Jüdischen Volkspartei und den Konservativen je 1 Stellvertretersitz.

Duisburg. Zur Vermeidung der auf den 30. November 1930 anberaumten jüdischen Gemeindewahlen wurde ein Kompromiß geschlossen: Gemeindevertretung: Jüdischer Einheitsblock 5 (3 Zionisten, 2 Westjuden), Liberale 3, Mittelpartei 1. Der Vorsitzende des Vorstandes ist Zionist (R.-A. Max Simon), ebenso der Vorsitzende der Gemeindevertretung. Die Amtsdauer beträgt 4 Jahre vom 1. Januar 1931.

### Kein Wahlkampf in Breslau

Breslau, 7. November. (JTA.) Zur Vermeidung eines Wahlkampfes bei den auf den 30. November 1930 angesetzten Wahlen zur Gemeindevertretung und zum Verbandstag des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden haben die jüdischen Parteien in Breslau eine Vereinbarung getroffen, die in der Hauptsache auf folgendes hinausgeht:

Zie Zahl der Gemeindevertreter wird von 21 auf 23 erhöht, hiervon entfallen auf Liberale 11, Jüdische Volkspartei 4, Konservative 3, Mittelpartei 2, Wirtschaftspartei des jüdischen Mittelstandes 2,

Arbeitsgemeinschaft ostjüdischer Organisationen 1. In den Vorstand sollen gewählt werden: Liberale 6, Volkspartei 2, Konservative 2, Mittelpartei 1, Wirtschaftspartei 1. Die Liberalen stellen sowohl den Vorsitzenden der Gemeindevertretung als auch des Gemeindevorstandes, die übrigen Parteien stellen stellvertretende Vorsitzende. Die Liberale Partei erklärt sich bereit, einen angemessenen Betrag für den Religionsunterricht an den höheren jüdischen Schulen aus Gemeindemitteln zu bewilligen und die etwaige Übernahme der Jüdischen Schule durch die Stadt zu fördern, behalten sich aber die Prüfung unter pädagogischen, schultechnischen und finanziellen Gesichtspunkten vor. Anträge auf Unterstützung palästinensischer Zwecke gehen an den Ausschuß, welcher den Namen „Ausschuß zur Prüfung von Anträgen betreffend Aufwendungen für Palästina" führen soll. Diesem Ausschuß gehören von den Liberalen ebenso viele Gemeindevertreter an wie von allen übrigen Parteien zusammen. Der Anspruch der Ostjüdischen Organisation auf Berücksichtigung bei der Zusammensetzung der Ausschüsse wird von allen Parteien anerkannt. Die Vereinbarung hat Geltung bis zum 31. Dezember 1931.

Als Abgeordnete zum Verbandstag des Preußischen Landesverbandes werden gewählt: Liberale 4, Volkspartei 2, Konservative 1, Mittelpartei 1.

# Die jüdische Welt protestiert!

## Der Balfourtag in Amerika

### 50 000 Juden demonstrieren in Neuyork gegen die englische Palästinapolitik — Julius Rosenwald und Bürgermeister Walker unter den Rednern — Massenversammlungen in allen Teilen der Vereinigten Staaten

Neuyork, 3. November. (JTA.) Am 2. November, dem Balfourtage, fanden in diesem Jahre in ganz Amerika statt der üblichen Balfourfeiern Protestversammlungen gegen die neue englische Palästinapolitik statt. In Madison Square Garden in Neuyork wurde die größte jüdische Kundgebung abgehalten, die Neuyork jemals gesehen hat. Über 50 000 Personen waren vor dem Versammlungslokal erschienen, aber nur etwa die Hälfte konnte Einlaß finden. Rings um Madison Square Garden wurden improvisierte Versammlungen veranstaltet. Eine Sensation bildete das Erscheinen des Chicagoer Milliardärs und bekannten Philantropen Julius Rosenwald auf der Rednertribüne. Rosenwald hat sich bekanntlich bisher standhaft geweigert, sich in irgendeiner Form an der Palästinaarbeit zu beteiligen. Auch hat man noch nie von so gemäßigten jüdischen Führern wie Professor Felix Frankfurter, dem Gouverneurstellvertreter des Staates New York Herbert H. Lehman und Felix M. Warburg so flammende Ansprachen gehört wie auf diesem Meeting. Auch die nichtjüdischen Redner wie der Bürgermeister von Neuyork James Walker, das Mitglied des Kongresses Hamilton Fish und Senator Wagner führten eine sehr scharfe Sprache und bezeichneten den Inhalt des englischen Weißbuches als einen Bruch geheiligter Versprechungen an die Juden durch England. Weitere Ansprachen wurden von dem Präsidenten der Palästine Economic Corporation Bernard Flexner, dem Präsidenten des Amerikanisch-Jüdischen Kongresses Bernard Deutsch, dem bekannten jüdischen Dramatiker David Pinski, Rabbi Wolf Gold und Chaim Greenberg gehalten. Alle Redner stimmten darin überein, daß Lord Paßfield, der die Balfourdeklaration ihrer Bedeutung entkleidete, nicht als Repräsentant des britischen Volkes angesehen werden könne, und daß die Judenheit auf diesen Verrat durch Fortsetzung des Aufbauwerkes mit verstärkter Energie antworten müsse. Der Vorsitzende, Professor Felix Frankfurter, führte aus, daß das englische Weißbuch weniger eine Erklärung der englischen Regierung darstelle, als vielmehr eine Enthüllung der tiefsitzenden Voreingenommenheit Lord Paßfields. Der Präsident des Amerikanisch-Jüdischen Kongresses, Bernhard S. Deutsch, der Hauptredner, sprach die Hoffnung aus, daß England die Entscheidung Lord Paßfields ändern werde, die einen ungeheuren Verrat an der Balfourerklärung bedeute. Palästina sei keine Kronkolonie, sondern ein Mandatsgebiet. England müsse die Frage beantworten, ob es seine Versprechungen erfüllen wolle, die es unter Zustimmung des Völkerbundes und der Vereinigten Staaten abgegeben habe.

Eine scharfe Protestresolution wurde durch Zuruf angenommen. Unter den verlesenen Begrüßungsschreiben waren solche vom Gouverneur des Staates New York Roosevelt, vom Präsidenten der American Federation of Labour William Green und Rabbi Dr. Stephen S. Wise.

### Protest der jüdischen Legionäre gegen das englische Weißbuch

Jerusalem, 4. Novemebr. (JTA.) In einer Versammlung ehemaliger jüdischer Legionäre wurde eine Resolution angenommen, in der der englischen Regierung vorgeworfen wird, daß sie ihr den Juden gegebenes heiliges Versprechen gebrochen habe. Durch ihre verräterische Handlungsweise habe die Regierung Zehntausende ehemalige jüdische Soldaten, die an der Seite der britischen Streitkräfte im Weltkriege in Palästina gefochten haben, bitter enttäuscht. Die jüdische Legion im Weltkrieg, die in einem Augenblick aufgestellt worden war, in dem das englische Heer an Truppenmangel litt, sei der Ausdruck der Dankbarkeit der Juden gegenüber England für die Balfourdeklaration gewesen. Die Resolution schließt: Gegen die Entscheidung einer Regierung, die uns verraten hat, appellieren wir an das englische Volk.

### 4000 Menschen protestieren in Paris gegen Englands Palästinapolitik — Ansprachen von Painleve, de Monzie, Godard, Miliukoff und Longuet

Paris, 6. November. (JTA.) Auf dem von der französischen Pro-Palätstina-Liga einberufenen Massenprotestmeeting gegen die neue englische Palästinapolitik, das von über 4000 Personen besucht war, sprachen unter anderen Rednern der ehemalige Ministerpräsident Paul Painleve, der im Jahre 1917 im Namen Frankreichs der Balfourerklärung zustimmte, der Senator und ehemalige Minister Justin Godard, der ehemalige Minister für öffentliche Arbeiten M. de Monzie, der frühere russische Außenminister Professor Paul Miliukoff und der Sozialistenführer Jean Longuet. Painleve erklärte, das durch die Balfourdeklaration gegebene Versprechen müsse erfüllt werden. Die Juden seien ihren Verpflichtungen nachgekommen und hätten das Land bereichert, die Kulturwelt dürfe es nicht zulassen, daß die Araber den Juden jene mit großer Mühe fruchtbar gemachten Ländereien gewaltsam entreißen, die sie ihnen seinerzeit in wüstem Zustande verkauft haben. Senator Justin Godard wiederholte seine schon bei anderer Gelegenheit erhobene Forderung, daß der Haager Internationale Gerichtshof darüber entscheiden soll, ob das englische Weißbuch mit den Mandatsbestimmungen vereinbar sei. — Es wurde eine



Entschließung angenommen, in der von England die strikte Anwendung des Mandatsvertrages verlangt wird, was die Verwirklichung der durch die Balfourerklärung geweckten Hoffnungen voraussetze, die zu einem wesentlichen Teil des Weltfriedens geworden seien.

# Londoner Tagung des Zionistischen Aktionskomitees

London, 5. November. (JTA.) Unter außerordentlich starker Beteiligung der A.-K.-Mitglieder aus allen Ländern wurde am 4. November in London die Sitzung des Zionistischen Aktions-Komitees eröffnet. Außer den Mitgliedern des Aktions-Komitees nimmt auch Richter Julian W. Mack (Vereinigte Staaten) als Gast mit beratender Stimme an den Sitzungen teil.

Der Vorsitzende des Aktions-Komitees, Herr Leo Motzkin, eröffnete die Tagung mit einem kurzen Hinweis auf die politische Situation und erteilte das Wort Herrn Dr. Weizmann, der ungefähr ausführte:

Am 5. September d. J. hatten Dr. Brodetsky und Herr Namier ihre erste Unterredung mit Lord Paßfield. Schon aus dieser Unterredung empfingen sie den Eindruck, daß der — damals in Vorbereitung befindlich gewesene — Entwurf zum Weißbuch von schwerwiegender Bedeutung sei. Dr. Brodetsky und Mr. Namier hatten das Gefühl, daß eine vorausgehende wirkliche Beratung mit der Jewish Agency über diesen Gegenstand nicht erfolgen werde. Er. Dr. Weizmann, sei damals über den unfreundlichen Empfang der beiden Herren durch Paßfield erstaunt gewesen. Indessen bemühte sich die Jewish Agency nach der Richtung, daß man sie weiter zu Rate zieht, und in einem Brief vom 19. September ersuchte Dr. Weizmann u. a. um eine Unterredung mit Lord Paßfield. Dieser antwortete, er wolle Dr. Weizmann am 1. Oktober empfangen. Bei Gelegenheit dieses Empfanges sprachen Paßfield und Weizmann zum ersten Male miteinander über den Simpson-Bericht. Der Bericht selbst lag allerdings nicht vor, und Dr. Weizmann mußte es sich versagen, zu einem Dokument, das er nicht kannte, Stellung zu nehmen. Im Verlauf des Gesprächs gab Lord Paßfield einen allgemeinen Überblick über den Inhalt des Simpson-Berichtes und warf hierbei zum ersten Male das Problem der Bodenknappheit und der von der jüdischen Arbeiter-Organisation Palästinas befolgten Politik auf, wobei er bemerkte, er hätte vielleicht den Inhalt des Simpson-Berichtes etwas ungünstiger dargestellt, als er in Wirklichkeit sei.

Dr. Weizmann entgegnete, er wolle vor Einsichtnahme in den Bericht keinerlei Meinung über seinen Inhalt äußern. Weizmann hatte den Eindruck, daß Lord Paßfield den Zionismus als eine Angelegenheit von geringer Bedeutung betrachte. Lord Paßfield führte aus, der im Simpson-Bericht enthaltene Passus über die Möglichkeit der Ansiedlung von weiteren 20 000 jüdischen Familien in Palästina spiegele bloß Sir John Hope Simpsons prsönliche Meinung wider, denn auf Grund von Simpsons Darstellung bestehe auch nicht für einen einzigen Einwanderer die Möglichkeit, vor einer vollständigen Umgestaltung der palästinensischen Wirtschaftsverhältnisse ins Land zu kommen.

Dr. Weizmann entgegnete, Lord Paßfield müsse als erfahrener Wirtschaftler einsehen, daß gerade durch die Einwanderung von 20 000 jüdischen Familien die ökonomischen Aussichten im Lande sich vollständig, und zwar zum besseren, ändern würden. Eine solche Einwanderung würde weitere Einwanderungsmöglichkeiten schaffen.

Sodann wurde im Gespräch zwischen Weizmann und Paßfield der im Simpson-Bericht entworfene Landentwicklungsplan erörtert. Dr. Weizmann äußerte sich dahin, daß es in diesem Stadium verfrüht wäre, eine Meinung über die Zusammensetzung der Landentwicklungskommission abzugeben, da er ohne Kenntnis des Planes nicht wissen könne, ob die Jewish Agency überhaupt in der Lage sein würde, mit einer solchen Landentwicklungskommission zusammenzuarbeiten. Lord Paßfield gab zu, daß die Frage der Landentwicklungskommission in diesem Augenblick noch nicht Gegenstand einer Diskussion sein könne. Er versprach, den Simpson-Bericht und das Weißbuch der Regierung sobald als möglich Dr. Weizmann zu übermitteln, wies aber gleichzeitig darauf hin, daß er bestrebt sein müsse, den Bericht möglichst bald, und zwar noch vor Eröffnung des Parlaments, zu veröffentlichen, und daß er deswegen nicht in der Lage sein werde, ihn mehrere Tage vor Veröffentlichung der Jewish Agency vorzulegen.

Am 15. Oktober fand eine zweite Unterredung zwischen Weizmann und Lord Paßfield statt, in der abermals über den Landentwicklungsplan gesprochen wurde. Auf die Frage Dr. Weizmanns, wo man das Geld für die Durchführung der vorgesehenen Landentwicklung hernehmen wolle, erklärte Lord Paßfield, diesbezüglich beständen große Schwierigkeiten. Dr. Weizmann bestand darauf, daß die Meinung der Juden über diesen Gegenstand eingeholt werde, und daß den Juden die Vorteile der Landentwicklungsmaßnahmen in gleicher Weise wie den Arabern zugute kommen sollen, da sie als Hauptsteuerträger Palästinas zweifellos in hohem Maße zur Deckung der Kosten des Landentwicklungsplanes herangezogen werden würden. Im Hinblick auf diese Verhältnisse sei es unmöglich, einen so schwerwiegenden Gegenstand ohne gründliche Vorbereitung zu diskutieren.

Der äußere Verlauf der Unterredung konnte den Eindruck erwecken, daß Bodenkäufe des Nationalfonds, insofern sie nicht dem Landentwicklungsplan zuwiderlaufen, grundsätzlich verhindert werden würden, und daß die Regierungserklärung im allgemeinen nichts enthalten werde, was den zionistischen Aufbau unterbinden könnte. Doch blieb bei Dr. Weizmann die Empfindung zurück, daß Ernsteres in der Luft läge als das, was Lord Paßfield angedeutet hatte.

Am 17. Oktober wurden die authentischen Texte der Regierungserklärung und des Simpson-Berichtes Dr. Weizmann, der gerade eine Beratung mit Lord Reading und James Rothschild abhielt, zugesandt. Da mit Rücksicht auf das Wochenende nur sehr wenig Zeit zu Beratungen vor der Veröffentlichung dieser Dokumente zur Verfügung stand, ersuchte Dr. Weizmann Lord Paßfield am Sonnabend abends, er möge ihn auf seinem Landsitz, Paßfield Corner, empfangen. Lord Paßfield beantwortete dieses Ersuchen mit der Erklärung, daß es ihm im gegenwärtigen Augenblick nicht mehr möglich sei, irgendwelche Änderungen am Weißbuch vorzunehmen.

Am Sonnabend nachmittag sprach der Vizepräsident der Weltunion der Zionisten-Revisionisten, Herr Meer Großmann, bei Dr. Weizmann vor. Großmann erklärte, er habe gehört, daß der Simpson-Bericht bereits in Weizmanns Händen sei, er biete angesichts der schwierigen Situation seine Hilfe zur Überwindung der Krise an. Er sprach

ferner den Wunsch aus, in das Weißbuch Einsicht nehmen zu dürfen, da die Revisionisten beabsichtigen, die Öffentlichkeit zu informieren und eine Mitteilung an die Presse auf Grund der ihm, Großmann, bereits bekannten Einzelheiten Verlegenheiten schaffen könnte. Am Montag nachmittag erschien auch wirklich ein von den Revisionisten herausgegebenes Kommuniqué, das einen ungünstigen Eindruck von dem Simpson-Bericht vermittelte. **Dies geschah trotz aller Bemühung und eines noch in letzter Stunde an die Revisionisten grichteten Appells Dr. Weizmanns, ihr Statement nicht zu veröffentlichen, da noch Hoffnung bestehe, daß die englische Regierungserklärung geändert und ihre Veröffentlichung verschoben werden würde,** um der Jewish Agency Gelegenheit zu weiterer Stellungnahme zu geben. Dr. Weizmann machte Herrn Großmann klar, daß durch eine übereilte Veröffentlichung des revisionistischen Statements eine Verschiebung der Veröffentlichung des Weißbuches unmöglich gemacht werden würde. Auch Felix Warburg, Professor Frankfurter und andere Zionistenführer Amerikas hätten Weizmann dringend gebeten, auf eine Verschiebung der Veröffentlichung des Weißbuches hinzuwirken.

Dr. Weizmann besprach dann den Wechsel, der sich in der Haltung der allgemeinen Presse gegenüber dem Weißbuch vollzogen habe. Unmittelbar nach Veröffentlichung der Regierungserklärung sei fast die gesamte Presse dem Weißbuch entweder neutral oder freundlich gegenübergestanden, bald habe sich aber ein Wandel in dieser Hinsicht bemerkbar gemacht.

Es bestehe, fuhr Dr. Weizmann in seinem Bericht fort, die Möglichkeit einer Erörterung der Frage im Unterhaus, doch sei es im gegenwärtigen Augenblick schwer, vorauszusehen, zu welcher Entscheidung das Parlament gelangen werde. Bezüglich der Haltung der Regierung bestehen für die Zukunft zwei Möglichkeiten, entweder werde sie einen Rückzug antreten und ein erläuterndes oder kommentierendes Dokument herausgeben oder an ihrer Politik, wie sie im Weißbuch niedergelegt ist, festhalten. Das Aktions-Komitee möge sich darüber schlüssig werden, welche Schritte in jedem dieser Fälle eingeleitet werden sollen.

Die Jewish Agency wendet sich an die eben in Genf tagende Permanente Mandatskommission des Völkerbundes mit der Bitte, eine etwa in Aussicht genommene Diskussion der Palästina-Frage auf den 17. und 18. November zu vertagen, da ein detailliertes Memorandum der Jewish Agency als Antwort auf den Simpson-Bericht und das Weißbuch in Vorbereitung sei, das auf dem üblichen Wege an die Mandatskommission geleitet werden soll.

Es bestehe weiters die Möglichkeit, daß eine konsultative Meinungsäußerung des Haager Internationalen Gerichtskofes, entsprechend dem Vorschlag von Lord Hailsham und Sir John Simson, über die Frage, ob das Weißbuch nicht dem Mandat widerspricht, eingeholt werden wird, und zwar entweder in der Form, daß sich die englische Regierung oder daß sich der Völkerbundsrat an den Haager Gerichtshof wendet.

Die Reaktion der britischen Judenheit auf das Weißbuch ist gekennzeichnet durch verstärkte Anstrengungen für Palästina.

Nach einer Würdigung der großen Verdienste von Mrs. Dugdale, der Nichte Lord Balfours, um die Verteidigung des Erbes ihres Onkels, sowie des Beistandes, den Baron Edmond de Rothschild dem Zionismus in dieser schwierigen Situation geliehen habe, erklärte Dr. Weizmann, er wünsche, dem Aktions-Komitee formell seine Demission als Präsident der Zionistischen Organisation zu überreichen.

**Das Aktions-Komitee nahm einen Antrag der Revisionisten, die Frage der Demission Weizmanns gleichzeitig mit der Erörterung der politischen Lage zu behandeln, an, woraufhin Dr. Weizmann die Erklärung abgab, daß er sich an den weiteren Beratungen des Aktions-Komitees nicht beteiligen werde. Nach dieser Erklärung verließ Dr. Weizmann den Saal.**

H a r r y  S a c h e r erklärte, es entspreche den parlamentarischen Gepflogenheiten, daß ein Präsident, der seine Demission eingereicht habe, bei der Debatte über diese Demission nicht anwesend sei. Es wurde jedoch, nachdem Weizmann den Saal verlassen hatte, auf Antrag Dr. Barths beschlossen, an Dr. Weizmann das Ersuchen zu richten, der Debatte beizuwohnen, da bezüglich gewisser politischer Fragen die Notwendigkeit ergänzender Mitteilungen und Erläuterungen von seiner Seite sich ergeben könnte.

S. K a p l a n s k y erstattete in Ergänzung der Ausführungen Weizmanns ein politisches Referat. Er befaßte sich hauptsächlich mit der politischen Arbeit der Poale Zion und der Stellungnahme der Labour Party und gab eine gründliche Analyse der in den Kreisen der Arbeiterpartei vorherrschenden Meinung über das Palästinaproblem, wie sie in der von der Konferenz in Llandudno angenommenen Resolution zum Ausdruck kommt. Die freundliche Einstellung einer großen Zahl von Arbeiterabgeordneten und Mitgliedern des Kabinetts zum jüdischen Palästinawerk stehe außer Zweifel; er habe den Eindruck, daß viele Abgeordnete der Arbeiterpartei vor der Veröffentlichung des Weißbuches keine Kenntnis von dessen Inhalt hatten.

L o n d o n, 6. November. (JTA.) In der Sitzung des Aktions-Komitees vom 5. November brachten der Bürgermeister von Tel-Awiw, Meyer D i z e n g o f f, der Führer des polnischen Misrachi, Deputierter H. F a r b s t e i n und das polnische Aktions-Komitee-Mitglied, Dr. M. H i n d e s, einen Antrag auf sofortigen Rücktritt aller zionistischen Mitglieder der Exekutive der Jewish Agency und Einsetzung eines provisorischen Komitees zur Fortführung der politischen Arbeit ein. Deputierter F a r b s t e i n erklärte zur Begründung dieses Antrags, der den Forderungen des Zentralkomitees der Zionistischen Organisation Polens Rechnung trägt, es gebe wohl kein einziges Mitglied des Aktions-Komitees, das mit Dr. Weizmanns Rücktritt nicht einverstanden wäre.

Die Vertreter der Arbeiterparteien wollten größeres Gewicht auf die Suche nach Mitteln und Wegen zur Verstärkung der Kolonisationsarbeit in Palästina gelegt wissen, statt auf eine Diskussion darüber, wer für die gegenwärtige Krise im Zionismus verantwortlich zu machen sei. Bürgermeister Dizengoff erklärte, die gegenwärtige Exekutive genieße nicht das Vertrauen der jüdischen Bevölkerung Palästinas. Andere palästinensische Vertreter widersprachen dieser Behauptung, so daß sich Dizengoff genötigt sah, sie zu modifizieren. Dizengoff wies weiter auf die Gefahren von Komplikationen hin, die sich ergeben könnten, wenn nicht innerhalb der nächsten Jahre der gesamte in jüdischen Händen befindliche Boden Palästinas kolonisiert werde. Das Tempo der Kolonisation müsse beschleunigt und die Palästina-



Kampagne im kommenden Winter verstärkt werden.

Auch J. N a i d i t s c h trat für die Einsetzung einer politischen Kommission ein. Er wandte sich gegen die bei einzelnen Mitgliedern der zionistischen Exekutive bestehenden Meinung, Unterschiede zwischen dem Weißbuch und dem Simpson-Bericht zu konstruieren und in dem Simpson-Bericht eine geeignete Basis für Verhandlungen zu sehen.

M e e r  G r o ß m a n n erklärte, die Herausgabe des Statements der Revisionisten, von der Dr. Weizmann tags vorher gesprochen habe, sei eine im richtigen Augenblick getroffene richtige Maßnahme gewesen. Die Frage der neuen Exekutive sei keine rein akademische. Das bisherige System sei nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf dem der kolonisatorischen, finanziellen und organisatorischen Arbeit völlig zusammengebrochen. Ein Wechsel der Zionistischen Exekutive wäre eine Demonstration der Entschlossenheit des jüdischen Volkes, den Kampf um sein Recht fortzusetzen.

Sodann verlas Großmann eine Resolution, in der erklärt wird, das Weißbuch sei nicht überraschend gekommen, es sei das Ergebnis einer langen Entwicklung auf Grund der Politik der früheren Regierungen. Die Zionistische Exekutive habe diese Politik systematisch gedeckt, die gegenwärtige Krise bedeute den vollständigen Zusammenbruch des Systems Weizmanns. Dr. Weizmanns Demission sei das Eingeständnis dieses Zusammenbruchs. Das Aktions-Komitee müsse daher die Demission annehmen, aber auch die gesamte Zionistische Exekutive, die für diesen Zusammenbruch und die offizielle zionistische Politik verantwortlch sei, müsse zurücktreten. Bis zum nächsten Kongreß, der spätestens im Februar abgehalten werden müsse, solle ein internationales Komitee die Leitung übernehmen. Ein Wahlkomitee aus Vertretern aller Parteien und Gruppen solle mit der Durchführung der Kongreßwahlen betraut werden. Falls kein Wechsel in der zionistischen Leitung eintritt, werden sich die Revisionisten genötigt sehen, ihre Position zu revidieren.

Bei der Antwort auf das Weißbuch seien folgende Richtlinien festzuhalten: erstens habe die Zionistische Organisation das Weißbuch abzulehnen, da es mit dem Mandat in Widerspruch steht und seine Veröffentlichung daher als illegaler Akt der Regierung anzusehen sei; zweitens habe die Zionistische Organisation jede Beteiligung der Juden am Legislative Council abzulehnen, diese Ablehnung müsse auch für die Jewish Agency bindend sein; drittens müsse beim Völkerbund Protest erhoben werden.

Namens des Arbeiterflügels bedauerte es Dr. Ch. A r l o s o r o f f, daß im Verlauf der letzten 12 Jahre nicht eine Viertel Million, sondern nur 100 000 Juden in Palästina angesiedelt wurden. Der Zionismus stünde vor einer völlig anderen Situation, wenn das Kolonisationstempo ein schnelleres gewesen wäre.

B e r l  K a t z e n e l s o n wies darauf hin, daß auch die früheren Palästinaverwaltungen dem Zionismus nicht freundlich gegenüberstanden.

Als letzter Diskussionsredner erklärte Dr. N a h u m  G o l d m a n n (radikal), daß kolonisatorische Arbeit und politische Arbeit in hohem Maße voneinander abhängig seien und daher nicht getrennt werden könnten. Niemand denke an einen Bruch mit England, doch müsse auf die Gefahr hingewiesen werden, die daraus erwachsen könnte, wenn man sich mit geringen Zugeständnissen der Regierung zufrieden gäbe. Es müsse ein Kampf um die vollständige Verwerfung des Weißbuches geführt werden. Es sei unverständlich, daß die Zionistische Exekutive nach den Demissionen Weizmanns, Warburgs und Lord Melchetts noch im Amt sei.

Namens der Exekutive erklärte H a r r y  S a c h e r, so sehr er ursprünglich entschlossen gewesen sei, sein Amt niederzulegen, so sehr sei er jetzt entschlossen, dies nicht zu tun. **Die Exekutive könne nicht zurücktreten, solange sie nicht wisse, wer ihr im Amt folgen werde** und welchen Arbeitsplan ihre Nachfolge durchzuführen beabsichtige.

**Es wäre ein Fehler, Dr. Weizmann aufzufordern, seine Demission zurückzuziehen, aber eine noch größere Gefahr wäre es, seine Demission von einem innerzionistischen Standpunkt aus gutzuheißen.**

S. K a p l a n s k y stellte in Abrede, daß die Exekutive die Entsendung John Hope Simpsons begrüßt habe. Sie habe bloß erklärt, daß sie seine Untersuchungen erleichtern werde, da sie eine Prüfung ihrer Arbeit nicht zu scheuen hatte. Er, Kaplansky, sei nie für einen Legislative Council in der vorgeschlagenen Form eingetreten, er habe im Gegenteil seit dem Erscheinen des Churchill-Weißbuches im Jahre 1922 gegen einen solchen Council gekämpft. Er sei für die Einsetzung eines Councils eingetreten, der zur Hälfte aus Juden und zur Hälfte aus Arabern bestehen sollte, und auch nur unter der Voraussetzung, daß die Araber die Balfour-Deklaration anerkennen.

Prof. B r o d e t s k y erklärte, er sei niemals für ein Kompromiß auf der Basis des Weißbuches eingetreten. Er teile in dieser Hinsicht vollkommen den Standpunkt Dr. Goldmanns. Eine vollständige Zurückziehung des Weißbuches sei unwahrscheinlich. Dr. Weizmanns Demission erfolgte im richtigen Augenblick und hatte die gewünschte Wirkung. Ich zweifle daran, daß Dr. Weizmanns Demission dieselbe Wirkung gehabt hätte, wenn sie sofort nach den Unruhen in Palästina oder nach der Veröffentlichung des Shaw-Berichtes erfolgt wäre.

In Ergänzung des politischen Berichtes Dr. Weizmanns gab Dr. Brodetsky eine Darstellung seiner Unterredungen mit Lord Paßfield und Dr. Shiels. Die Haltung des Kolonialamtes sei seit der Sitzung der Mandatskommission alles eher als freundlich gewesen. Im allgemeinen habe man den Eindruck, daß die Regierung einsehe, sie sei zu weit gegangen, und daß sie sich bemühe, irgendwelche Amendements zu machen.

In der Nachmittagssitzung des 5. November gab C o l o n e l  K i s c h eine ausführliche Darstellung der Situation in Palästina. Vor Veröffentlichung des Weißbuches sei die allgemeine Lage in Palästina zufriedenstellend gewesen, der Jischuw war auf dem besten Wege, sich von den Folgen der Augustunruhen von 1929 zu erholen. Man habe zwar in Palästina erwartet, daß der Inhalt des Weißbuches für die Juden nicht zufriedenstellend sein werde, doch habe der feindselige Geist dieses Dokuments und die darin ausgesprochene fundamentale Änderung der Palästinapolitik überrascht. Der Jischuw hat die Veröffentlichung des Weißbuches mit Selbstbeherrschung und Würde aufgenommen.

N a h u m  S o k o l o w brachte eine Resolution ein, in der sich das Aktions-Komitee mit den Motiven, die Weizmann zu seiner Resignation veranlaßt haben, solidarisch erklärt. Die Zionistische

Exekutive, erklärte Sokolow, habe den Schritt Dr. Weizmanns gebilligt und sei nur deshalb nicht sofort zurückgetreten, um ein Chaos in der Zionistischen Organisation für die Zeit bis zum Kongreß zu vermeiden.

London, 7. Nov. (JTA.) Am 5. November wurde für 10 Uhr abends eine Nachtsitzung des Aktions-Komitees anberaumt, um Richter Julian W. Mack, der als Gast mit beratender Stimme an den Aktions-Komitee-Sitzungen teilnimmt, Gelegenheit zu geben, vor seiner Abreise nach Amerika seine Stellungnahme zur gegenwärtigen politischen Situation zu präzisieren.

Richter Mack erklärte, er wolle nicht behaupten, daß Dr. Weizmann für die augenblickliche Lage verantwortlich zu machen sei. Vielleicht, sagte Mack, trifft die Schuld uns alle, weil wir den Palästina-Aufbau nicht genug energisch durchgeführt haben. Wie Sie wissen, war ich seit 1919/20 Gegner Dr. Weizmanns. Ich habe gegen seine Tätigkeit viel einzuwenden. Meine Freunde und ich waren gegen die Erweiterung der Jewish Agency. Anderseits haben viele Teilnehmer dieser Versammlung Dr. Weizmanns Politik gestützt. Aber ich möchte heute nicht über Vergangenes sprechen. Es erscheint mir in diesem Augenblick gleichgültig, ob Weizmann Fehler begangen hat und in welchem Grade. Ich befasse mich bloß mit der gegenwärtigen Situation und mit der Zukunft. Personen kommen hier nicht in Frage. Wir haben uns bloß zu fragen: Wie können wir unsere Ideale verwirklichen? Ich spreche nicht über den Kongreß und das, was auf den Kongreß folgen wird, sondern nur darüber, wie die gegenwärtige Situation beschaffen ist und welche die besten Methoden für die Fortsetzung unserer Arbeit bis zum Kongreß sind. Auf diese Frage haben meine amerikanischen Freunde, Zionisten und Nichtzionisten, wiewohl sie untereinander duchaus nicht einig sind, und ich selbst nur eine Antwort. Präsident Lincoln hat einmal gesagt: „Mitten im Sturm wechselt man nicht die Pferde“ und so sage ich, daß mitten in der augenblicklichen tragischen Lage keine Rede von einem Wechsel des Präsidiums sein kann. Wie werden wir vor der Welt dastehen, wenn wir Dr. Weizmanns Demission annehmen,

Nicht den Juden hat Dr. Weizmann erklärt, er könne sie nicht länger führen; er hat England erklärt, daß er es unter den gegebenen Umständen ablehnen müsse, die Führung weiterhin innezuhaben.

Die Nachmittagssitzung des 6. November war der Diskussion über die Finanzberichte, sowie der Erörterung von **Einwanderungs- und Kolonisationsfragen** gewidmet. Im Vordergrund der Debatte stand die Frage der Mittelstandsansiedlung. Von mehreren Rednern wurde darauf hingewiesen, daß die beschleunigte Ansiedlung von Juden mit kleinem eigenen Kapital auf Nationalfondsboden sich nach zwei Seiten hin günstig auswirken würde. Einerseits würde dadurch die Mittelstandseinwanderung und die Kultivierung des in jüdischen Händen befindlichen Bodens gefördert, anderseits mehr Geld ins Land gebracht werden. Colonel Kisch erklärte, es sei zu erwarten, daß das Kolonialamt eine bedeutendere Anzahl von Arbeiterzertifikaten, wenn auch nicht in dem von der Exekutive der Jewish Agency vorgeschlagenem Ausmaß, bewilligen werde.

**London, 10. November. (JTA.) Die Tagung des Aktions-Komitees der Zionistischen Organisation wurde am Sonntag, dem 9. November, abends beendet. Es wurde beschlossen, den XVII. Zionistenkongreß für Anfang Februar einzuberufen, ein Kongreßort wurde jedoch noch nicht bestimmt. Es wird auch erwogen, den Kongreß nach Amerika einzuberufen.**

**Für die Zeit bis zum Kongreß wurde eine aus fünf Mitgliedern bestehende politische Kommission gewählt, die die Bestimmung hat, Weizmann und die Exekutive bei politischen Aktionen zu beraten und zu unterstützen. Zu Mitgliedern dieser Kommission wurden Dr. M. Eder, Leo Motzkin und Nahum Goldmann gewählt, je ein Sitz wurde für Vertreter des Waad Leumi und der amerikanischen Zionisten reserviert.**

Von den angenommenen Resolutionen sind zu erwähnen: Das Aktions-Komitee spricht sich für die Förderung der Mittelstandssiedlung auf Nationalfondsboden aus. Das Aktions-Komitee erhebt Protest gegen das neue Weißbuch der englischen Regierung und billigt die Nichtanerkennung eines Legislative Councils durch die Exekutive der Jewish Agency.

Die Einsetzung einer politischen Kommission zur Unterstützung der Exekutive ist das Ergebnis langwieriger Verhandlungen. Die Krise der Leitung hatte am Freitag, dem 7. November, nachmittags, den Höhepunkt erreicht, da sich die Opposition nachdrücklich weigerte, einer Fortführung der Geschäfte durch Weizmann bis zum Kongreß ohne Mitwirkung einer politischen Kommission zuzustimmen.

## Aus der jüdischen Welt

### Neue Friedhofschändungen — In Tilsit und Trebnitz

**Königsberg, 5. November. (JTA.) In der Nacht von 29. zum 30. Oktober drangen bisher unbekannt gebliebene Täter in den Friedhof der jüdischen Gemeinde von Tilsit (Ostpreußen) ein und richteten ungeheure Zerstörungen an. Nicht weniger als 8 Grabsteine wurden umgeworfen. Es kann sich hier nicht um einen leichtsinnigen Streich von Schulkindern handeln, da solche niemals in der Lage gewesen wären, die schweren Steine umzustürzen; man nimmt darum an, daß es sich um durch die andauernde judenfeindliche Agitation der Nationalsozialisten politisch verhetzte Kreise handelt, die zu solchen Untaten angereizt wurden. Die Tilsiter Kriminalpolizei ist eifrig bemüht, die Täter zu ermitteln, für deren Ergreifung eine Belohnung von mehreren hundert Mark ausgesetzt wurde. Es ist dies die 95. Schändung jüdischer Friedhöfe in Deutschland in den letzten Jahren.**

**Breslau, 6. November. (JTA.) Der jüdische Friedhof auf dem Pfarrberg zwischen Trebnitz und Obernigk wurde von bisher unbekannten Tätern geschändet. 34 Grabsteine wurden umgeworfen, andere mit Hakenkreuzen bemalt. Die Fenster der Leichenhalle wurden eingeschlagen und die Wände mit Aufschriften „Heil Hitler, Juda verrecke!“ beschmiert. Die jüdische Gemeinde hat eine Belohnung von 100 Mark für die Ergreifung der Täter ausgesetzt.**

### Einheitsliste in Kassel und Wiesbaden

Kassel, 7. November. (JTA.) Nach langen und zum Teil recht schwierigen Verhandlungen ist es gelungen, eine Einheitsliste des 10. Wahlkreises (Kassel und Wiesbaden) für die Wahlen zum Preußischen Landesverband jüdischer Gemeinden aufzustellen. Als gewählt gelten: 1. Bankier Ballin (liberal). 2. Fabrikant Julius Löwen-



thal (konservativ). 3. Lehrer W. Bacher Jüdische Volkspartei). 4. Rabbiner Dr. Lazarus, Wiesbaden (liberal). 5. Kaufmann Bamberger, Homburg (konservativ).

### Die ordentliche Herbstsession der Mandatskommission

### Die Palästinafrage wird nicht behandelt

Genf, 5. November. (JTA.) Die ordentliche Herbstsession der Permanenten Mandatskommission des Völkerbundes wurde am 4. November in Genf eröffnet. Die Palästinafrage steht nicht auf der Tagesordnung.

Der Kommissionspräsident Theodoli wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß die Mitglieder der Kommission das umfangreiche neue Weißbuch der britischen Regierung noch nicht zu studieren in der Lage gewesen seien, und der Vizepräsident van Rees, der im Völkerbundsrat einen Vorbehalt gemacht hatte bezüglich der Stellungnahme der Kommission zur Antwort der englischen Regierung auf den letzten Palästinabericht der Kommission, äußerte sich dahin, daß dies auch in der nächsten Session (Juni 1931) geschehen könne, in der dann auch der Verwaltungsbericht über Palästina für das laufende Jahr zur Behandlung zu kommen hat. Offenbar will man in der Kommission mit der Behandlung des neuen Palästina-Weißbuches um so weniger drängen, als verschiedene Meldungen der letzten Tage aus London ersehen lassen, daß die englische Regierung selbst dazu nachträglich noch einiges zu sagen wünsche, und man auch die Aussprache im britischen Parlament abwarten möchte, bevor man sich in Genf damit befaßt.

Einen wichtigen Punkt der Tagesordnung bilden „die allgemeinen Bedingungen für die Beendigung der Mandatsverwaltung eines Mandatsgebietes“.

### Die Beratungen der internationalen Klagemauerkommission beendet

Stockholm, 4. November. (JTA.) Die auf Verlangen Englands vom Völkerbundsrat ernannte Internationale Klagemauerkommission hat ihre in Stockholm unter dem Vorsitz des ehemaligen schwedischen Außenminister Loefgren abgehaltenen Beratungen beendet. Die Beratungen fanden im Gebäude des schwedischen Außenministeriums statt und waren geheim. Die Kommission hat das ihr in Jerusalem übergebene informative Material verarbeitet und wird vermutlich Ende November ihren Bericht der britischen Regierung zur Weiterleitung an den Völkerbund übergeben. Die Mitglieder der Kommission hegen die Erwartung, daß in der Zwischenzeit doch noch ein freiwilliges Übereinkommen zwischen Juden und Mohammedanern in der Klagemauerfrage erreicht werden wird.

### Abermals antisemitische Exzesse auf den Bukowinaer Eisenbahnen

Czernowitz, 5. November. (JTA.) Am letzten Sonntag ereigneten sich im Eisenbahnzuge Noua Sulitza-Cernowitz Ausschreitungen antisemitischer Natur. Junge Hakenkreuzler, die sich auf der Fahrt von Bessarabien nach Czernowitz befanden, attackierten jüdische Reisende, mißhandelten sie wiederholt und warfen ihre Reisekoffer durch die Kupeefenster hinaus. Schwer mißhandelt wurden u. a. die Czernowitzer Kaufleute Hersch Rosenblatt und Lechtig. Die Exzedenten drängten die jüdischen Mitreisenden von ihren Sitzen weg, schlugen in den Zwischengängen auf sie ein und hinderten sie überdies am Aussteigen in der Station Bojan, weil sie ihre Opfer bis Czernowitz bearbeiten wollten. Die Exzedenten stimmten antisemitische Lieder an, wenn die mißhandelten Reisenden um Hilfe riefen, um die Hilferufe zu übertönen. Sie hinderten ferner die Reisenden daran, die Notbremsen zu ziehen. Der diensthabende Kondukteur, an den sich die bedrohten Reisenden wandten, sagte nur: „Das geht mich nichts an!“

*

Wir werden um Veröffentlichung folgender Mitteilung gebeten:

**An die Revisionisten in Deutschland!**

Zwecks besserer Durchorganisierung unserer Arbeit und Vorbereitung zum Kongreßwahlkampf, bitten wir alle Revisionisten, die sich in den einzelnen Provinzstädten Deutschlands befinden und die bisher keinen Kontakt mit der Berliner Zentrage hatten, sofort ihre Adressen mitzuteilen.

Das Berliner Büro der Revisionistischen Partei befindet sich: Berlin-Charlottenburg, Philippistraße 11. Telephon: Westend 5114.

*

**Berlin,** 10. November. (JTA.) Am 15. November 1930 vollendet Herr Jacob Teitel, Präsident des Verbandes der russischen Juden in Deutschland, sein 80. Lebensjahr.

**London,** 7. November. (JTA.) Sir Herbert Samuel, der erste High Commissioner für Palästina, feierte am 6. November seinen 60. Geburtstag.

## Feuilleton

### Schalom Asch — der Fünfzigjährige

Wir berichteten in unserer letzten Nummer, daß Schalom Asch in diesen Tagen sein 50. Lebensjahr vollendet hat. Der F. B.-Mitarbeiter der Prager Selbstwehr hatte vor kurzem Gelegenheit, mit ihm zu sprechen und berichtet über seine Unterredung folgendes:

Schalom Asch macht den Eindruck eines Menschen, der aus seinem Volk in die Welt getreten ist; noch ist er vollgesogen vom Volkstum, aber schon steht er fest in der großen Welt, die er erobert hat. Er ist anerkannt und berühmt; seine Werke werden in einer Anzahl von Sprachen gelesen; er ist amerikanischer Staatsbürger — er berichtet das bezeichnender Weise nicht ohne Stolz — er hat eine Villa in Paris und einen vorzüglichen Verleger seiner deutschen Bücher in Wien.

Zwei Dinge bemerke ich, die, so unscheinbar sie waren, mir dafür charakteristisch zu sein schienen, wie fest dieser Mann steht. Schalom Asch verlangte vom Kellner eine ganz bestimmte teure Zigarre. Er wurde mißverstanden, man brachte ihm eine mindere Zigarre; die gewünschte war nicht zu finden, ausverkauft, nicht zu haben. Schalom Asch verlor während des ganzen Gespräches diese Angelegenheit nicht aus den Augen. Er sprang immer wieder auf, verhandelte mit dem Kellner, Oberkellner, Geschäftsführer, Hoteldirektor; und schließlich — erhielt er sie.

Und eine zweite Sache: Wir sprachen von Jabotisky. Schalom Asch äußerte sich sehr abfällig; ich sah ihn fragend an: „das ist wohl

nicht für die Öffentlichkeit bestimmt“, meinte ich; „selbstverständlich“, lachte er, „schreiben Sie das nur, ich habe keine Angst!“ — Da ich gewöhnt bin, daß in Gesprächen, Interviews und Artikeln Oppositionelle sich an Angriffen gegen unsere Führer wohl alles erlauben dürfen, Anhänger der Majoritätspartei jedoch vor dem Terror der Oppositionellen stets den größten Respekt haben, war mir diese lachende Unvorsichtigkeit Schalom Aschs sehr auffallend und charakteristisch. Also: Er ist gewöhnt, was er will, zu erreichen und er hat keine Angst.

Wir sprachen zuerst über die politische Lage. (Das Weißbuch war damals noch nicht erschienen.) Asch trat energisch für die Weizmann-Politik ein und erklärte das Wirken Jabotinskys für sehr schädlich... Sehr lehrreich schien mir seine Grundstellung zu allen Problemen des jüdischen Volkes, seiner Politik und seiner Zukunft. Ich möchte seine Einstellung so formulieren: Er ist gegen allen Fanatismus der Teile und Richtungen und kennt offenbar nur einen Fanatismus: den der Ganzheit des jüdischen Volkes. Er spürt alle Teile des jüdischen Volkes, Zentrum und Peripherie, Palästina und Galuth als legitim lebende Teile eines großen Ganzen. So ist auch Palästina nur ein Teil, freilich ein sehr wesentlicher. Er fühlt Palästina als das Zentrum, ähnlich, wie es Hans Kohn darzulegen pflegt; nicht als ausstrahlendes, sondern als ein saugendes Zentrum; als den zentralen Reiz, der im jüdischen Volke Aktivismus und Idealismus auszulösen vermag. Natürlich sind ihm auch Jiddisch und Hebräisch gleichberechtigte Teile eines Ganzen. Er verurteilt daher den Kampf um die Vorherrschaft einer dieser Sprachen. Freilich das moderne Hebräisch klingt ihm etwas zu konstruiert; erst im Hebräisch der Kinder spürt er eine echte gewachsene Sprache, und so ist ihm denn das hebräische Stammeln eines Kindes lieber als „der ganze Josef Klausner“.

Das Gefühl der Ganzheit des Volkes, räumlich und zeitlich gesehen, also das Bewußtsein des Volkes in allen seinen Teilen und das Bewußtsein der ganzen großen Geschichte gibt ihm die Möglichkeit, unsere politischen Schwierigkeiten und Sorgen in der richtigen Größe, d. h. Kleinheit zu sehen. Von hier aus spürt er, daß weder Lord Paßfield, noch der Großmufti für unsere Zukunft entscheidend werden können.

Wir sprachen dann weiter über literarische Dinge. Der tiefste Ausdruck des Volkstums ist die schöpferische Kraft: die Dichtkunst ist — auch hier wiederum die Betonung der Ganzheit — mit der ganzen Substanz des Volkstums verknüpft, mit Erde und Landschaft, Sprache, Milieu, Bewußtsein, Seele. So gehört denn gewiß auch das Jiddische, als die Sprache des Volkes, zu dem großen Material, aus dem der jüdische Dichter schafft. Aber hier hat freilich das Schicksal eine Ausnahme gemacht. Die Verhältnisse haben uns gelehrt, unsere Eigenart auch in fremdem Kleide darzustellen und in andrer als unserer Volkssprache zum Ausdruck zu bringen; so sind ihm denn auch die jüdischen Dichter in fremden Zungen echte jüdische Dichter. Er hebt unter diesen vor allem Franz Werfel hervor, mit dem er eng befreundet ist. Wenn auch Werfel nur selten jüdische Sujets behandelt, so ist er doch durch seinen Glauben, seine Frömmigkeit, seinen Optimismus, seine Keuschheit ein jüdischer Dichter. Denn es ist eine Verkennung des jüdischen Geistes, ihn, wie es so oft geschieht, als verneinend oder gar zynisch darzustellen; dies ist eine jüdische Dekadenzerscheinung; das aufstrebende Judentum ist gläubig und positiv.

Eine besondere Achtung hat Schalom Asch auch vor Max Brod, den er insbesondere als den Dichter von „Tycho Brahes Weg zu Gott“ und von „Rëubeni“ verehrt. (Es ist nicht ohne Interesse, daß Schalom Asch, als der Rëubeni Max Brods erschien, bereits Material zu einem eigenen Rëubeni-Roman gesammelt hatte.) Er liebt in Rëubeni insondere den ersten Teil, den er von einer wunderbar gefühlten jüdischen Stimmung durchzogen findet.

# Gemeinden- und Vereins-Echo

### Hebräischer Klub in München

Endlich ist es den Anstrengungen des Leiters der hiesigen hebräischen Sprachschule, Herrn Percikowitsch, gelungen, die Gemeinde der Hebräischsprechenden an einem Abend zu versammeln und damit in München einen Klub iwri zu begründen. Es hat sich sogar eine erstaunlich große Anzahl dazu eingefunden. An dieser erfreulichen Tatsache ändert die Einsicht nichts, daß die Kenntnisse der Erschienenen sehr verschieden groß waren, daß die meisten wohl viel besser hebräisch zuhören und verstehen als sprechen konnten, und daß das gesprochene Hebräisch nicht immer dieselbe Vollendung zeigte wie das Referat von Herrn Percikowitsch. Dieser sprach über die hebräische Dichtung in Spanien, nachdem vorher Herr Justizrat Straus den jungen hebräischen Klub als Ausfüllung einer bisherigen Lücke im Münchener jüdischen Leben begrüßt hatte. Zum Schluß veranstaltete man ein hebräisches Gesellschaftsspiel, das großen Beifall fand, weil es allen Anwesenden gleichmäßig die Teilnahme gestattete und für manchen wie ein angenehm leichter Unterricht war. Übrigens ist es wirklich erst an zweiter Stelle wichtig, was gesprochen und getrieben wurde; die Hauptsache ist, daß es ein Sprechen, Spielen, Lachen in hebräischer Sprache war. Ein strafender Blick begleitet von einem: „Rak iwrith!“ traf jeden, dem ein deutsches Wort entfuhr. Wir hoffen, daß dieser hoffnungsvolle Anfang eine entsprechende Fortsetzung finden wird, die den Kreis der Teilnehmer und ihre Kenntnisse dauernd erweitert.

E. E.

### Hebräischer Klub München

Mittwoch, 19. November, findet der zweite Klubabend statt. Herr Ernst Eisen wird über „Die Geschichte der Bibelübersetzungen“, Herr Dr. Percikowitsch über „Hebräische Neuerscheinungen“ referieren, anschließend hebräisches Gesellschaftsspiel. Beginn: 9 Uhr. Gäste herzlich willkommen.

### Hebräische Sprachkurse München

In die Bibelarbeitsgemeinschaft für Jugendliche, Montag abends 8.15 Uhr, werden noch Teilnehmer aufgenommen.

### Wochenprogramm der V.J.St. „Jordania“ im K.J.V.

Dienstag, 18. XI. 20 Uhr: Jewish-Agency-Veran-

Mittwoch, 19. XI. 18.20 Uhr: Fuxenkurs I. Off.

Donnerstag, 20. XI. 7 Uhr: Fuxenkurs II. Off.
8.30 Uhr: Burschenkurs. Pressereferat. Off.

Freitag, 21. XI. 16.30 Uhr: Kaffee Hag.

Hebräisch zu den festgesetzten Zeiten.



### Jüdischer Gesangverein München

Dirigent Josef Ziegler

Anläßlich seines zehnjährigen Bestehens gibt der Verein am 6. Dezember im Odeon ein Konzert rein jüdischen Inhalts. Der Chor singt: Unesannetokew von Millner, Solist Herr Neu; Frau Anni Steiger-Bettsack spielt Violinsoli, Klavierbegleitung Herr Dr. Bettsack. Frau Sonja Ziegler singt hebräische Lieder von Bialik, Musik von Almon und Engel. Herr Neu singt ostjüdische Melodien, an der Orgel Herr Professor Sagerer. Eine Neueinführung ist gemischter Chor mit Kinderstimmen, letzere einstudiert von Herrn Lachmann zur Vorbereitung des Gemeindegesangs in der Synagoge. Als Schluß singt der Chor das Hallelujah von Lewandowski, mit welchem der Verein sein erstes Konzert vor 10 Jahren auch geschlossen hat. Alle Freunde der Musik und alle, die noch Interesse am Judentum haben, werden in dem reichen und abwechslungsvollen Programm viel Anregung finden. Karten im Vorverkauf an den bekannten Stellen.

### Das „Jüdische Kammerorchester“ in Augsburg

Die Ortsgruppe Augsburg des „Jüdischen Jugendvereins“ hatte für Sonntag, den 2. November, in den Festsaal des Hotels „Drei Mohren“ in Augsburg zu einer Veranstaltung eingeladen, deren reichhaltiger musikalischer Programmteil von Münchner Kräften bestritten wurde. Vor allem verdient Herr Lamm volle Anerkennung für die sichere Leitung des „Jüdischen Kammerorchesters“, das durch die im allgemeinen feine Nuancierung des concerto grosso in D-moll von Händel zeigte, daß die aufsteigende Linie, in der es sich seit seinem Bestehen bewegt, bereits zu recht beachtlichen Leistungen führt. Frl. Else Berger brachte mit ihrem klaren Sopran drei Lieder von Waldemar v. Baussnern zum Vortrag, die großen Beifall fanden; Herr Dr. Saalheimer spielte mit gutem Einfühlungvermögen und durchgebildetem technischen Können den Allegrosatz aus dem D-dur-Konzert für Violine von Mozart, wobei ihn Frl. F. Weil am Flügel dezent begleitete. Ein besonderer Genuß war der lebensvolle Vortrag von Gedichten von M. Rosenfeld und H. Zuckermann durch Frl. Jorysch vom Augsburger Stadttheater. Den Schluß des wohlgelungenen Abends bildete das Klavierkonzert Es-dur von Mozart, das Herr Dr. Bettsack im Verein mit dem Kammerorchester mit künstlerischem Schwung meisterte. — Die zahlreich erschienene Hörerschaft nahm die Darbietungen mit herzlichem Beifall auf.

Fritz Harburger, stud. med.

### Jüdischer Kulturverein J. L. Perez, München

Samstag, den 15. November 1930, 20.30 Uhr, Lessingsaal, Herzog-Rudolf-Straße 1, Klubabend.

Montag, den 17. November, 20.30 Uhr, Jugendheim, Zimmer I. Jiddischer Kurs. Leitung Josef Löwy.

I. Teil. Schreiben und Lesen. (Hefte mitbringen.)

II. Teil. Jüdische Literaturgeschichte. Vortrag: Die Frau und die jiddischen Literaturanfänge.

Anmeldungen werden noch entgegengenommen.

Voranzeige: Samstag, den 22. November, spricht Herr Dr. Percikowitsch über „Die hebräisch-spanische Poesie“.

**Bar-Kochba. Damen-, Mädchen- u. Kinderabteilung.** Der Turnbetrieb in sämtlichen Abteilungen ist in vollem Gang. Die Mädchenabteilung turnt jeden Montag von 6 bis 7 Uhr, die Damenabteilung I Montag von 7 bis 8 Uhr, die Damenabteilung II von 8 bis 9 Uhr in der Luisenschule. Die Kinderabteilung I (größere Kinder) turnt jeden Mittwoch von 3 bis 4 Uhr, die Kinderabteilung II (kleinere Kinder) von 4 bis 5 Uhr in der jüdischen Volksschule an der Herzog-Rudolf-Straße Die Eltern werden gebeten, ihre Kinder regelmäßig zum Turnen zu schicken.



### Münchener Spendenausweis Nr. 6

vom 4. bis 11. November

Goldenes Buch Sara Reich s. A.: Henny Reich verabschiedet sich von ihren Freunden und Bekannten 50.—.

Rosch - Haschanah - Nachaktion: Ges. durch NN.: Heinz Schild 20.—; ges. durch Frau Grete Hirsch: Frau Lisa Regensteiner 5.—; ges. durch Herrn Walter Koschland: D. Masur 5.—; D. Goldberg 2.—; M. Bohrer —.50; ges. durch NN.: E. Löwenherz 1.—; NN. —.50 = 34.—.

Büchsen: geleert durch Frl. Lilli Spinner: W. Monheit 1.70; Frau Bartel 1.50; H. Bober 1.20; H. Monheit 1.10; M. Tenzer 1.— = 6.50.

Einzelne Büchse: Erlös aus dem Gesellschaftsspiel des Hebr. Klubs 2.25.

Material: 1 Ausschneidebogen 2.—. Summa: 94.75.

Gesamtsumme seit 1. Oktober: 1215.38 RM.

**Spendenausweis des Nürnberger Büros**
vom 2. November 1930

Spendenbuch: Herr und Frau Willy Bendit anläßlich der Geburt ihres Sohnes 20.—; Herr und Frau Ingenieur Alfred Levy anläßlich ihrer Vermählung 10.—; Herr I. Weikersheimer anläßlich seiner Genesung 10.—.

Allgemeine Spenden: Frau Laura Holzinger (Arnstein) anläßlich des Todes ihres Gatten 20.— Frau Arthur Hirschfeld (Stuttgart) 30.—.

Roschhaschanah-Spenden. Durch Frau Edith Steinhardt: (Franz Steinhardt 12.—; Adolf Steinhardt, Frau Komm.-Rat Lehmann je 10.—; Max Sontheimer 5.—; Sophie Sontheimer 3.—) = 40.—.

Durch Dr. A. Rand: (Dr. W. Elkeles 3.—; Heinz Schocken, Dr. A. Rand je 2.—; Heilbrunn, Leschnitzer, Goldfinger, Klauber je 1.—) = 11.—.

Durch Herrn Fiedländer: von Herrn Josef Baruch 6.—; Frau Dr. Karpf 5.—.

Durch Frau Klara Schapira: von Frau Haase (Philadelphia) 4.—.

Wertzeichen: Leo Wißmann für 1 Telegrammformular 1.50.

Bäume für Alice-Faß-Garten: Alijah Kabbuz H des Brith Haolim 1 Baum 6.—.

Büchsen: Als Protestaktion haben wir am Sonntag, dem 2. November, am Tag der Balfour-Deklaration eine Büchsenleerung durchgeführt.

Durch Max Steinwell: (Dir. Jacobsohn 5.75; Paul Hamburger 3.50; Wilhelm Gutmann 3.—; Ludwig Gutmann, Nachmann je 1.—; Landecker —.50) = 14.75.

Durch Bernhard Fleichmann: (Dr. Levin 5.—; Karl Steinlein 4.—; H. Heinemann 3.50; Dir. Falk 3.—; H. Fleischmann 2.50; Götz 2.—; Iglauer, Ottensooßer, Lehrer Blum, Goldschmidt je 1.—) = 24.—.

Durch Erwin Kahn und Arjeh Laufer: (Dora Steinhardt 7.—; Ludwig Fleischmann, Leo Wißmann je 5.—; Gütermann 3.—; Schülein 2.—; N. Stark 1.50; Sander, Schwarzmann je 1.—; Herzfelder —.12) = 25.62.

Durch Schimon Enoch: (Prof. Rosenfeld, Frau Vorhaus je 8.—; Joskowitz 2.80; Dr. Friedmann 2.45; Hecht 2.28; Gutmann 2.—; Langstadt 1.—; Warowitz —.50; Levy —.54) = 27.57.

Durch Regina Rapaport: (Adolf Krämer 2.72; Frau Noah Frank 2.—; Karpf 1.—) = 5.72.

Durch Cilla Blumenfeld: (Aufochs 5.—; Becker 4.—; Farntrog 2.10; Mendle 2.—; Jos. Blumenfeld 1.50; B. Bing, Halle je 1.—; Hellmann —.50; Dr. Leurer —.20) = 17.30.

Durch Else Wolinsky: (S. Bernstein 3.—; Heinz Ellern 2.10; Frank 1.75; Holzer —.85; Lecker 1.—; Rubinstein, Endzweig je —.50) = 9.70.

Durch Jossel Bittmann: (Emil Rosenfelder 5.—; Oskar Rosenfelder 3.85; Nathan Nußbaum 3.60; Dr. Weinschenk, Dr. Veith je 3.—; Levy 2.—; Meller, Bravmann, Dr. Freund je 1.—; Freitag —.50) = 23.95).

Durch Tilde Nußbaum: (Henny Kahn 10.—; Dr. M. Nußbaum 8.—; Dr. R. Liebstädter 7.21; Franz Steinhardt 5.41; Siegfr. Kahn 3.63; Frau Komm.-Rat Lehmann 3.25; Chaluzheim 3.—; Jul. Kahn 2.—; Ney 1.40; Dr. Jakob —.50; Graf —.33) = 44.73.

Durch Hedwig Rothschild: (Adolf Reif 3.20; Frau Meier 3.—; Schuhmann 3.—; Lina Jondorf, Feuchtwanger je 1.—; Kort —.40) = 11.60.

Durch Salo Berger von Klieger-Eibeschütz 1.64.

Durch Gisa Berger: (Levy 3.—; Prof. Cahn 2.45; Berger, Silber je 2.—; Hirschheim 1.50; Schächter, Hirschhorn, Wagner je 1.—) = 13.95.

Durch Norbert Radoschitzki: (Hch. Engel 5.—; Dir. Hirschmann 1.20; Dir. Erle 1.10; Rosenfeld, NN. je 1.—; Reinemund —.30) = 9.60.

Durch Marta Radoschitzki: (Weinstock 3.—; Schwed 1.25) = 4.25.

Durch Samy Dziganski: (Dr. M. Riesenfeld 3.—; Dr. Eichenbronner 1.75; Hirschen 1.07) = 5.82.

Durch Martha Joskowitz: (Franc 12.15; Selling, Fisch, Weinschenk je 1.—; Späth —.50) = 15.65.

Durch Gertrud Charlupski: (Elkan 5.—; Kandel 1.20; Fleischmann 1.19; Charlupski, Friedländer, Endzweig je 1.—; Steuer —.81; Bärtig —.50; Reischer —.45) = 12.15.

Durch Abraham Millet: (A. Zuckermann 4.60; A. Steinhardt 3.05; Aal 2.53; Strauß 1.73; Katz 1.14; Hermann, Blüth je 1.—; Heilbrunn, Spatz je —.50; Leiter 2.72) = 18.77.

Durch Heini Scheindling: (Bernh. Freimann 7.—; Ing. Hillmann 5.—; Moritz Hirschhorn 3.50; M. Abusch 1.10; Wilpred 1.05; Neu, NN. je 1.—) = 19.65.

Durch Jakob Rapaport: (Horwitz 0.50; Mendel Nußbaum 4.84; Dr. J. Bamberger 3.50; Chaim Katz 2.50; Abusch, Biegeleisen, Maikihl je 2.—; Gold 1.63; Grünbaum 1.51; Desser —.40) = 29.88.

Durch Hermann Landau: (Landau, Reinauer je 2.—; Seiferheld 1.58; Braunschweiger, Hommel, Goldschmidt je 1.—) = 8.58.

Durch Leo Wißmann: (Karl Weil 5.—; Schrotter 4.57; Bechhöfer 2.24; Meller, Komm.-Rat Kohn, Dir. Landenberger je 2.—; Oppenheimer 2.15; RA. Feilchenfeld, Goldstein je 1.—) = 21.96.

Durch Issi Dienstag: (Dr. Dankwerth 4.50; Fritz Goldschmidt 3.—; NN. 1.77; G. Löb 1.10; Heinemann —.50) = 10.87.

Durch Gisa Grünbaum: (Frau Fuld 3.—; Bickart, Fellheimer je 1.—; Krischer —.93) = 5.93.

Durch Ruben Radoschitzki: (J. Putzel 3.35; Rapaport 3.—; J. Erlanger 2.—; Berliner 1.50; Bruckheim —.50) = 10.35.

Durch Judith Wechsler: (Dr. Landauer 5.50; Dr. Singer 4.—; Gärtner 3.68; Iglauer, Wechsler je 3.—; Ehrlich 2.93; Blumenstein 1.55; Blumenstein 1.20; Ehrenbacher, Kahn je 1.—; Bulka, Sontheimer, Lonnerstädter je —.50; Löwenstein —.40) = 28.76.

Durch Otto Dietenhöfer und Channah Zurawel: (Adolf Steinhardt 10.56; Dav. Levite 8.18; Hugo Baermann 5.—; S. Bergmann 3.08; Öttinger, Ullmann, Komm-Rat Astruck, NN., Bieringer, Hirschmann je 2.—; Heidecker 1.44; S. Frank, Bing je 1.—; Heimann 1.16; Sahlmann —.75; Mendelssohn —.74) = 44.91.

Durch Friedel Grünbaum: (Moritz Bein 4.—; Leo Katzenberger, Fam. Ellern je 3.—; Dr. Wertheimber 2.89; Spielmann, Strauß je 2.—; Max Götz 1.50; Geißenberger —.25) = 18.64.

Durch Moritz Friedländer: (Dr. Warburg 3.—; D. Altmann 2.26; Blum 1.40; Zapun 1.14; Dr. Dessauer, Schneebalg, Radoschitzki je 1.—; Wolinski, Heinsfurter je —.50; Heilmann —.36) = 12.16.

Durch Max Joskowitz (Ausweis folgt): 12.37.
Durch Lenchen Lecker (Ausweis folgt): 12.10.
Durch Leo Grünbaum (Ausweis folgt): 13.50.

Einzelne Büchsen: (Friedmann 2.50; Reiter 2.40; Gärtner 2.—; ZOG. 1.20) = 8.10. Summa: 708.03

Seit 1. Oktober 1930 aufgebracht: 1000.03 RM.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.